

Sozialdemokratischer Pressediens

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d

Inhalt

Horst Peter MdB bezichtigt den Bundeskanzler der Beschäftigungslüge: Arbeitsmarktbericht der Bundesregierung notwendig.

Seite 1

Dr. Wilhelm Bruns resümiert das zweite wissenschaftliche Colloquium zwischen der Friedrich-Ebert-Stiftung und DDR-Institutionen zu sicherheitspolitischen Themen: Ein fairer Gedankenaustausch.

Seite 3

Beate Weber MdEP fordert einen aktiven Bonner Beitrag zur internationalen Waldschutz-Konferenz: Schöne Kanzler-Worte reichen nicht.

Seite 5

Alwin Brück MdB plädiert für eine verstärkte Zusammenarbeit der europäischen Universitäten: Wirksamer Beitrag zum „Europa der Bürger“.

Seite 6

41. Jahrgang / 25

5. Februar 1986

Die Beschäftigungslüge des Dr. Kohl

Die Argumentation des Kanzlers verdeutlicht das Erfordernis eines Arbeitsmarktberichtes der Bundesregierung

Von Horst Peter MdB

Bundeskanzler Kohl geht landauf, landab mit der Behauptung haushieren, unter seiner Regentschaft habe die Beschäftigung zugenommen.

Gezielte Nachfragen haben nun die Bundesregierung gezwungen, zuzugeben, daß diese ihre Behauptung, es ginge mit der Beschäftigung aufwärts, auf tönernen Füßen stehe. Der Staatssekretär im Arbeitsministerium, Wolfgang Vogt, mußte eingestehen, daß die Zahl der Beschäftigten 1985 noch deutlich unter der des letzten Regierungsjahres der SPD-geführten Bundesregierung liegt:

1980:	23.009.000
1982:	22.436.000
1985:	22.253.000

Darüber hinaus wird aus der Antwort deutlich, daß die Bundesregierung völlig im Dunkeln tappt bei der Frage, wieviel von den Beschäftigten sich in Teilzeit-, ungeschützten, befristeten und in Arbeitsverhältnissen unter der Sozialversicherungsgrenze befinden.

Man mag diese Unklarheiten noch als Folge der Weigerung der Bundesregierung ansehen, sich genauer mit der Beschäftigungssituation der Arbeitnehmer zu befassen. Eine andere Aussage des Staatssekretärs weist jedoch nach, daß die Bundesregierung einfach dreist und frech lügt, wenn sie von einem Anstieg der Beschäftigung spricht. Die Maßgröße der Beschäftigung ist die Summe der Jahresarbeits-

Verlag und Redaktion:
Sozialdemokratischer Pressediensl GmbH
Heussallee 2-10, Pressenhaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Verdienen können
nur normale Leiharbeiter
Receiving-Paper



stunden der beschäftigten Arbeitnehmer. Hier ergibt sich aus der Antwort der Bundesregierung, daß seit 1982 die Zahl der Jahresarbeitsstunden ständig abgenommen hat:

1982:	37,65	Milliarden Stunden
1983:	36,95	Milliarden Stunden
1984:	36,78	Milliarden Stunden
1985:	36,61	Milliarden Stunden

Aus den der Bundesregierung vorliegenden Daten wird deutlich: Zwingend notwendig ist die Vorlage eines Arbeitsmarktberichtes durch die Bundesregierung. Bisher hat dies die Bundesregierung verweigert. Wie man nun weiß, aus durchaus verständlichen Gründen.

Wir haben nicht ein Mehr an Beschäftigung, sondern ein Mehr an Beschäftigungsverhältnissen allenfalls. Diese neuen Beschäftigungsverhältnisse sind zum einen Ergebnis der Arbeitsumverteilung in Folge der von den Gewerkschaften erkämpften 38,5 Stundenwoche. Hier schmückt sich die Regierung auch noch mit fremden Federn. Zum anderen signalisiert die Zunahme von Teilzeit und befristeten Arbeitsverhältnissen die Wirkungen des sogenannten Beschäftigungsförderungsgesetzes. Die Arbeitgeber nutzen dieses Gesetz, um Arbeitnehmer in die Arbeitsplatz-Unsicherheit zu drücken.

Die Daten rechtfertigen nachträglich noch einmal die Auflage von Beschäftigungsprogrammen durch die SPD-geführte Bundesregierung. Der Beschäftigungseinbruch 1981 geschah zeitgleich mit dem Auslaufen des letzten Beschäftigungsprogrammes. Damals verweigerte die FDP die Zustimmung zur Fortführung einer aktiven Beschäftigungspolitik des Staates.

Wenn Bundeskanzler Kohl im Mai 1985 erklärte: „Ich bezweifle die Gültigkeit der Arbeitsmarktzahlen“, so hat er ausnahmsweise einmal recht. Seine Arbeitsmarktbilanz ist eine dumme, dreiste und törichte Beschäftigungslüge. (-/5.2.1986/rs/ks)

* * *

Ein fairer Gedankenaustausch

Zum zweiten wissenschaftlichen Colloquium zwischen der Friedrich-Ebert-Stiftung und
DDR-Institutionen zu sicherheitspolitischen Themen

Von Dr. Wilhelm Bruns
Abteilungsleiter im Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung

Es wird seit Jahren gefordert, daß Wissenschaftler, sowohl in den Ost-West-Beziehungen wie auch in den deutsch-deutschen Beziehungen ihre spezifischen Beiträge zur Klärung strittiger Sachverhalte leisten sollen.

Das jüngste deutsch-deutsche Wissenschaftler-Colloquium zwischen der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED sowie des Instituts für Internationale Politik und Wirtschaft in Ost-Berlin wird zum Anlaß genommen, sich der Nützlichkeit von ständigen wissenschaftlichen Kontakten zu vergewissern.

Zunächst einmal muß festgestellt werden, daß es sich bei den Zusammenkünften zwischen der Friedrich-Ebert-Stiftung und den beiden genannten DDR-Institutionen um einen fairen, offenen Gedankenaustausch handelt, bei dem es um eine sachliche Auseinandersetzung über bisweilen konkurrierende Ansätze geht wie um das ständige Bemühen geeignete Ansatzpunkte für gemeinsame Überlegungen herauszufinden. Das jüngste Colloquium, das vom 29. bis 31. Januar 1986 in Ost-Berlin stattfand, bestätigte diese Tendenz.

Nun ist es nicht ganz einfach, aus den intensiven Diskussionen und Disputationen alle Punkte herauszugreifen, zu denen Klärungen und Erklärungen von Wissenschaftlern notwendig sind. Ich beschränke mich beispielhaft auf einige ausgewählte Punkte.

Die Teilnehmer waren sich einig, daß Wissenschaftler ihren Beitrag zum Umdenken in den Ost-West-Beziehungen leisten sollten. Denn der neue politische Ausgangspunkt, die gemeinsame Sicherheit im nuklearen Zeitalter, verlangt ein anderes Herangehen an den Wettkampf der Systeme. Um dieses andere Herangehen ging es. Dabei gilt es, einige Fragen neu zu stellen und zu beantworten. Man war sich einig, daß die bisherigen Ansätze uns nicht weiterbringen. Die objektive Erkenntnis der gemeinsamen Sicherheit verlangt von beiden Seiten ein Verhalten, das den jeweils anderen nicht als „Feind“ auffaßt, sondern als Partner zum Überleben. Der Satz von Willy Brandt anläßlich seines Besuches bei Honecker, daß es keine weltanschauliche Auseinandersetzung gibt, die so wichtig ist, als daß unter ihr konkrete Vereinbarungen zwischen Staaten zur Zusammenarbeit, Abrüstung und Sicherung des Friedens leiden dürften, ist dabei eine Grundlage, auf die man sich verständigen kann und für operative Politik ausbaufähig ist.

Ein anderer Bereich, der einer intersystemaren Klärung und Erklärung bedarf, ist der Prozeß der Vertrauensbildung. Wenn Vertrauen von beiden Seiten für so wichtig erklärt wird und als Voraussetzung wie Folge von Abrüstung erscheint, aber jeder unter Vertrauen etwas anderes versteht, so ist eine einvernehmliche und praxisorientierte Theorie des Ost-West-Vertrauens notwendig, von der sich operative Schritte der Vertrauensbildung ableiten. Dazu gab es während des zweiten Colloquiums eine anregende Diskussion, die vertieft werden soll.

Ein anderes Feld ist das der Bedrohungsanalysen und der Kräftevergleiche in Ost und West. Beide Seiten wissen, wie wichtig eine korrekte Analyse der Sicherheitslage ist und welche Folgen falsche Bedrohungsanalysen haben. Aus diesem Wissen sollten beide Seiten sich an eine realistische und nachvollziehbare Analyse – gemeinsam oder abgestimmt – machen, die für die jeweiligen politischen Akteure brauchbar ist.

Die Teilnehmer an dem Colloquium waren sich einig, daß den deutsch-deutschen Beziehungen eine sicherheitspolitische Komponente hinzugefügt werden müsse. Die Palette der Möglichkeiten für eine deutsch-deutsche Befassung reicht vom Gewaltverzicht, der gegenwärtig bei der Stockholmer KVAE konkretisiert werden soll, über die chemiewaffenfreie Zone bis zum Abbau von Bedrohungsvorstellungen und Feindbildern. Beginnen sollte man mit einer nüchternen Analyse der politischen Voraussetzungen sowie der Sichtung geeigneter Themen, denen prioritäre Aufmerksamkeit geschenkt werden soll. Wissenschaftler aus beiden deutschen Staaten könnten hier manches klären helfen. Dazu liegt die Bereitschaft vor.

Eine wichtige Rolle hat bei den Gesprächen der Beratungsstand und die Aussichten der Stockholmer Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen (KVAE) gespielt. Bei beiderseitigem Verzicht auf Forderungen, die gegenwärtig nicht realisierbar sind, sollte es möglich sein, daß spätestens im September 1986 ein substantielles Ergebnis vorliegt, das dann an die dritte KSZE-Überprüfungskonferenz nach Wien gehen kann. Bekanntlich ist die Stockholmer KVAE diejenige internationale Konferenz, bei der die beiden deutschen Staaten sicherheitspolitisch am konstruktivsten bislang zusammenarbeiten.

Bei den Diskussionen haben selbstverständlich die Gemeinsame Erklärung von Reagan und Gorbatschow, der Drei-Stufen-Plan von Gorbatschow, sowie das Interview von Erich Honecker mit der Hamburger „ZEIT“, das am Freitag, dem 31. Januar 1986 im „Neuen Deutschland“ abgedruckt war, eine große Rolle gespielt. Die Teilnehmer waren sich in unterschiedlicher Intensität darüber einig, daß hier wichtige Anstöße für die Ost-West-Beziehungen im allgemeinen wie zu den Abrüstungsfragen und zu den deutsch-deutschen Beziehungen im besonderen gegeben wurden.

Wissenschaftler haben einen wichtigen Beitrag zu leisten als Voraussetzung für die Klarstellung der Standpunkte und Positionen, die von den Regierungen kommen müssen. Voraussetzung für eine Klärung ist, daß wir wissen müssen, wie der andere an die Dinge herangeht, was er für wichtig ansieht, um dabei weiterführende Anknüpfungspunkte herauszufinden. Dies ist eine typische Aufgabe für Begegnungen dieser Art. Dabei darf die Koexistenzfähigkeit beider Seiten nicht in Frage gestellt werden. Es gibt auch keine Einbahnstraße bei den Erwartungen, sondern beide Seiten müssen ihre Erwartungen einbringen, um dann herauszufinden, was erfüllbar ist, und was nicht.

Das dritte Kolloquium dieser Art wird im Frühjahr 1987 in Bonn fortgesetzt.

(-/5.2.1986/rs/ks)

* * *



Schöne Kanzler-Reden helfen dem Wald nicht

Zur Bonner Teilnahme an der internationalen Waldschutz-Konferenz

Von Beate Weber MdEP

Vorsitzende des Umweltausschusses des Europäischen Parlaments

Es ist grundsätzlich nur zu begrüßen, wenn der Regierungschef der Bundesrepublik Deutschland gemeinsam mit seinem zuständigen Minister an der internationalen Silva-Konferenz über Waldschutz und Versteppung vom 5. bis 7. Februar in Paris teilnimmt, wie dies Bundeskanzler Kohl und Landwirtschaftsminister Kiechle tun. Bei einem derartigen weltweiten Problem muß jedes Land seine Verantwortung wahrnehmen. Waldbrände, Abhozung und Waldsterben durch Luftverschmutzung sind mit ihren Folgen, wie Bodenerosion oder Klimaveränderungen zu einer globalen Frage geworden.

Teilnahme und schöne Reden jedoch allein verhelfen einer derart wichtigen und für die Umweltsituation der Erde wegweisenden Veranstaltung nicht zum Erfolg. Was wir brauchen sind entscheidende Taten. Den Begriff Waldsterben hat jeder Politiker in der Bundesrepublik im Mund, aber wenn es um praktische Schritte geht, tut unsere Bundesregierung nur sehr wenig. Die Diskussionen der letzten Wochen und Monate über die Fragen der Einführung einer Geschwindigkeitsbegrenzung, die Verschärfung der Großfeuerungsanlagenverordnung, Maßnahmen zur Entstickung oder auch über die Neufassung der Technischen Anleitung zur Reinhaltung der Luft (TA Luft) haben erneut bewiesen, wie groß der Widerspruch zwischen Worten und Handlungen bei den Regierungsparteien ist.

Im internationalen Bereich sieht die Umweltbilanz der Bonner Koalition keinen Deut besser aus. Das monatelange Hick-Hack um die Einführung abgasärmerer Kraftfahrzeuge — nicht zuletzt verschärft durch die mangelhaft vorbereitete und dilettantische Verhandlungsführung von Innenminister Zimmermann — hat gezeigt, daß CDU/CSU und FDP keinen Beitrag zur Lösung der mannigfachen Umweltprobleme auf internationaler Ebene zu leisten in der Lage sind. Jüngster Beweis ist das kategorische Nein von Regierung und Verkehrsminister Dollinger zum Vorschlag der EG-Kommission zur Einführung einer europaweiten Geschwindigkeitsbegrenzung — und das obwohl die Bundesrepublik in der EG das einzige Land ist ohne Tempolimit auf Autobahnen.

Doch auch was das Thema der Pariser Silva-Konferenz angeht, hat die Bundesregierung schon einmal negative Schlagzeilen gemacht. Als im September letzten Jahres die Diskussion um eine gemeinsame Forstpolitik in der EG auf der Tagesordnung des EG-Ministerrates stand, hat derselbe Minister Kiechle, der nun die Bundesrepublik bei der Silva-Konferenz vertritt, diesen ersten Ansatz für ein gemeinschaftliches Handeln zur Erhaltung der Wälder in Europa abgelehnt. Auf dem Tisch lag damals ein auf fünf Jahre ausgelegter Programmwurf der südlichen EG-Mitgliedstaaten Frankreich, Italien und Griechenland zur Erhebung der Waldschäden in der EG und zur Einführung einer gemeinsamen Regelung für die Waldbrandbekämpfung. Jeder wird sich noch daran erinnern, daß im vergangenen Sommer in diesen drei EG-Ländern 300.000 Hektar Wald durch Brand vernichtet wurden.

Kiechle hat abgelehnt. Als ob uns als Partner in der EG die Waldvernichtung im Mittelmeerraum nichts angehe, aber umgekehrt die übrigen EG-Länder „unser“ Waldsterben natürlich als das vordringlichste Problem zu akzeptieren haben. Da braucht man sich nicht zu wundern, wenn die Kritik unserer Partner hart ausfällt und der Bundesrepublik mangelnde Solidarität vorgeworfen wird.

Die Bundesregierung ist daher aufgefordert, ihre inkonsequente Haltung endlich aufzugeben. Gemeinsam mit unseren Freunden in der EG müssen alle Möglichkeiten und Chancen der internationalen Zusammenarbeit genutzt werden. Wir brauchen dringend Paketlösungen zur Bekämpfung der Umweltbelastungen. Jedes Land ist dabei verpflichtet, auch den Interessen der Partner entgegenzukommen und so tragfähige Vereinbarungen zu ermöglichen. In diesem Sinne könnte auch die Silva-Konferenz in Paris wichtige Schritte auf diesem Weg weisen.

(-/5.2.1986/rs/ks)

* * *



Die Zusammenarbeit der europäischen Universitäten fördern

Bonn hat die Chance einen wirksamen Beitrag zum „Europa der Bürger“ zu leisten

Von Alwin Brück MdB
Mitglied der Europa-Kommission des Deutschen Bundestages

Die mit der Ausarbeitung eines europäischen Hochschulaustausch- und Studienprogramms beauftragte Europäische Kommission hat dem Ministerrat der Europäischen Gemeinschaft zu Beginn dieses Jahres ein Aktionsprogramm zur Förderung der Mobilität europäischer Hochschulstudenten (Kurz: ERASMUS) vorgelegt. Dies auf Initiative des ad-hoc-Ausschusses für ein „Europa der Bürger“ und auf Beschluß des Rates der Regierungschefs beim Mailänder Gipfeltreffen 1985 angeregte Aktionsprogramm verfolgt drei Hauptziele:

- Einrichtung eines EG-Stipendienprogramms;
- Ausbau der Zusammenarbeit zwischen europäischen Hochschulen (Kontakte zwischen den Lehrkräften, Hochschulpartnerschaften, verbesserter Informationsfluß);
- gegenseitige Anerkennung von akademischen Diplomen und Studienzeiten.

Diese für die Jahre 1987 bis 1989 geplanten Maßnahmen zur Ausweitung der Studienmöglichkeit europäischer Hochschulen wären im Zusammenhang mit anderen europäischen Wissenschaftsprogrammen (Esprit, Eurotra oder auch Eureka) ein wichtiger Beitrag zur Schaffung eines Europas der Bürger.

Es wird genau zu prüfen sein, wie das von der Kommission entworfene Konzept auf der Basis bestehender nationaler und europäischer Austauschprogramme zu realisieren ist. Eine sinnvolle Aufgabenteilung zwischen den Institutionen der Gemeinschaft, dem Bund und den Ländern ist noch zu klären.

Das mit den Beschlüssen der EG-Bildungsminister vom 3. Juni 1983 im Einklang stehende ERASMUS-Projekt gibt jedoch der Bundesregierung die Chance, den akademischen Austausch zwischen den Universitäten der EG-Mitgliedstaaten zu fördern und damit ein weiteres Stück europäischer Zusammenarbeit zu verwirklichen.

Mit ERASMUS ist Bundeskanzler Kohl aber auch die Gelegenheit gegeben, sein Wort in die Tat umzusetzen. Denn wie die anderen europäischen Staats- und Regierungschefs hat auch er den Vorschlägen des ad-hoc-Ausschusses für ein „Europa der Bürger“ am 29. Juni 1985 zugestimmt und damit Kommission und Mitgliedstaaten beauftragt, die für die Durchführung eines europäischen Universitätsaustausch- und Studienprogramms notwendigen Vorkehrungen zu treffen.

Im Sinne eines stärkeren Zusammenwirkens der Staaten Europas auch im Hochschulbereich muß erwartet werden, daß sich Bundeskanzler Kohl gegen die mitunter europafeindlichen Vorbehalte seitens des Bundesministeriums der Finanzen durchsetzen kann.

(-/5.2.1986/rs/ks)

* * *

